

Wulf Schönbohm

Beginn einer neuen politischen Ära

Die türkische Parlamentswahl vom 3. November

Die Ergebnisse der Parlamentswahl vom 3. November haben in der Türkei einen politischen Erdrutsch verursacht und den Beginn einer neuen politischen Ära eingeleitet. Nach einem insgesamt eher müden Wahlkampf und mit einer trotz Wahlpflicht besonders geringen Wahlbeteiligung von 78,6 Prozent zeichnete sich schon im Laufe des Wahlabends das sensationelle Wahlergebnis ab, weil bei dieser Wahl erstmalig die vorab veröffentlichten Umfragen und Prognosen halbwegs zutreffend waren.

Mit deutlicher Mehrheit konnte die noch junge konservative AKP unter ihrem Führer Tayyip Erdogan die türkische Parlamentswahl vom 3. November für sich gewinnen, nachdem sie vor allem die Lösung der Wirtschaftskrise sowie das Bemühen um einen baldigen EU-Beitritt des Landes in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gerückt hatte.

■ Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 3. 11. 2002

In der Türkei findet eine Zehn-Prozent-Klausel Anwendung

Partei			%	Sitze
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi	Gerechtigkeits- und Fortschrittsp.	34,31	363
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi	Republikanische Volkspartei	19,40	178
DYP	Dogru Yol Partisi	Partei des Rechten Weges	9,55	0
MHP	Milliyetci Hareket Partisi	Nationalistische Bewegungspartei	8,35	0
GP	Genc Partisi	Jugendpartei	7,25	0
DEHAP	Demokrat Halk Partisi	Demokratische Volkspartei	6,20	0
ANAP	Anavatan Partisi	Mutterlandspartei	5,09	0
SP	Saadet Partisi	Glückseligkeitspartei	2,50	0
DSP	Demokrat Sol Partisi	Demokratische Linkspartei	1,23	0
YTP	Yeni Türkiye Partisi	Neue Türkeipartei	1,15	0
BBP	Büyük Birlik Partisi	Grosse Vereinigungspartheid	1,03	0
YP	Yurt Partisi	Heimatpartei	0,94	0
IP	Isci Partisi	Arbeiterpartei	0,51	0
BTP	Büyük Türkiye Partisi	Grosse Türkeipartei	0,48	0
ÖDP	Özgürlik Demokrat Partisi	Freiheitliche Demokratiepartei	0,34	0
LDP	Liberal Demokrat Partisi	Liberaldemokratische Partei	0,28	0
MP	Milli Partisi	Nationalpartei	0,22	0
TKP	Türk Komunist Partisi	Kommunistische Türkeipartei	0,19	0
Unabh.	-	-	0,99	9

■ Parlamentswahlen in der Türkei 1991–2002

Partei	1991 %	1995 %	1999 %	2002 %	Sitze
AKP (1)	—	—	—	34,31	363
ANAP	23,21	18,83	12,66	5,09	0
CHP	—	10,26	8,34	19,40	178
DEHAP (3)	—	—	—	6,20	0
DSP	10,39	14,03	21,25	1,23	0
DYP	26,13	18,39	11,50	9,55	0
FP (2)	—	—	14,76	—	—
HADEP	—	3,99	4,55	—	—
MHP	—	7,84	17,22	8,35	0
RP	16,32	20,49	—	—	—
SP (1)	—	—	—	2,50	0
SHP	20,06	—	—	—	—
Unabh.	0,13	0,46	0,83	0,99	9

Anmerkungen:

- (1) AKP und SP sind Nachfolgeparteien der verbotenen islamistischen FP.
- (2) FP ist die Nachfolgepartei der verbotenen islamistischen RP.
- (3) DEHAP ist ein Zusammenschluss dreier Parteien (HADEP, SHP und TDP).

■ **Wahlsieger ist die AKP (Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) unter dem Vorsitz des früheren Istanbuler Oberbürgermeisters Tayyip Erdoğan, die 34,3 Prozent der Stimmen erhielt und damit 363 Sitze im Parlament erobert hat, so dass ihr nur vier Mandate bis zur verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit fehlen.**

Wahlsieger ist die AKP (Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) unter dem Vorsitz des früheren Istanbuler Oberbürgermeisters Tayyip Erdoğan, die 34,3 Prozent der Stimmen erhielt und damit 363 Sitze im Parlament erobert hat, so dass ihr nur vier Mandate bis zur verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit fehlen. Zweitstärkste Partei ist die sozialdemokratisch-kemalistische CHP unter Deniz Baykal, die 19,4 Prozent der Stimmen erhielt und damit 178 Sitze im Parlament erhält. Alle anderen Parteien scheiterten an der Zehn-Prozent-Klausel. Die AKP kann also alleine die Regierung stellen, und die CHP ist die einzige Oppositionspartei.

Die drei bisherigen Regierungsparteien DSP, MHP und ANAP sind auf Grund ihrer dramatischen Wählerverluste nicht mehr im Parlament vertreten. Die DSP hatte sich vor der Wahl gespalten, denn unter Führung des früheren Außenministers Ismail Cem bildete sich eine neue Partei mit dem Namen Neue Türkeipartei (YTP), zu der ursprünglich Wirt-

schaftsminister Kemal Derviş, der als Folge der Wirtschaftskrise auf Wunsch der Weltbank ins Kabinett berufen worden war, stoßen wollte, der dann aber der CHP beitrat. Damit hatten sich die Chancen der YTP erheblich verringert, zumal diese neue Partei Schwierigkeiten hatte, in der kurzen Zeit bis zur Wahl eine schlagkräftige Parteiorganisation in den Provinzen aufzubauen. Obwohl viele Abgeordnete von der DSP zur YTP überwechselten, scheiterte diese Partei mit 1,2 Prozent kläglich.

Noch bei der Wahl 1999 hatte die DSP unter Führung von Ecevit 22,2 Prozent der Stimmen erhalten und die stärkste Fraktion im Parlament und den Ministerpräsidenten gestellt. Bei dieser Wahl haben beide Parteien zusammen (DSP und YTP) nur noch 2,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Auch die nationalistische MHP, die bei der vorangegangenen Wahl noch überraschend mit 18 Prozent zweitstärkste Partei im Parlament geworden war, erreichte nur noch 8,3 Prozent. Es ist zu vermuten, dass die MHP in ganz wesentlichem Maße Stimmen an die neue Jugendpartei (GP) und die übrigen konservativen Parteien sowie die AK-Partei verloren hat.

Auch die Mutterlandspartei (ANAP), die 1987 noch mit 36,3 Prozent die Mehrheit der Mandate erobern konnte und bei der Wahl 1999 schon auf 13,2 Prozent abgesunken war, scheiterte mit 5,2 Prozent an der Sperrklausel. Dies mag auf den ersten Blick überraschend sein, weil der ANAP-Vorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Mesut Yilmaz in der Regierung der Motor gewesen war für die Durchsetzung der erforderlichen Reformen zur Erfüllung der politischen Aufnahmekriterien der EU. Darin war er auch bemerkenswert erfolgreich gewesen. Aber obwohl ca. 65 bis 70 Prozent der türkischen Bevölkerung die türkische EU-Mitgliedschaft befürworten, war sie kein entscheidendes Wahlkampfthema. Das EU-Thema war zu weit weg von den konkreten Problemen und Sorgen der Wähler.

Das wirklich ausschlaggebende Wahlkampfthema war die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der sozialen Lage, denn weite Teile der Bevölkerung haben schwer unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise gelitten. Die Behauptung von Vural Öger, dass die Parlamentswahlen in

■ Das wirklich ausschlaggebende Wahlkampfthema war die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der sozialen Lage, denn weite Teile der Bevölkerung haben schwer unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise gelitten.

der Türkei erheblich anders und zu Lasten der AK-Partei ausgegangen wären, wenn die EU der Türkei vor der Wahl einen Termin für die Beitrittsverhandlungen gegeben hätte, ist nicht plausibel, weil das EU-Thema für die Wähler nicht entscheidend war und man sich von dem Beginn der Beitrittsverhandlungen realistischerweise auch nicht die Lösung der konkreten wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Lande erhoffen konnte. Den drei Regierungsparteien DSP, MHP und ANAP wurde aber die Wirtschaftskrise angelastet, und deshalb haben die Wähler jedes Vertrauen in diese Parteien und ihre Repräsentanten verloren. Zahlreiche Wähler der ANAP sind deshalb auch zur AK-Partei übergewechselt. Im Augenblick ist schwer vorstellbar, dass die ANAP noch einmal ins Parlament gewählt wird, wenn die Zehn-Prozent-Klausel nicht gesenkt wird.

Auch die zweite konservative Partei, die Partei des rechten Weges (DYP), die 1991 noch 27 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, fiel zurück auf 9,6 Prozent, zumal sie natürlich auch wesentliche Stimmenanteile an die AKP verlor. Mit diesem Wahlergebnis ist die Dominanz des türkischen Parteiensystems durch die konservativen Parteien ANAP und DYP, die seit den achtziger Jahren bestand, endgültig beendet und die AKP könnte die künftige Führungsrolle im konservativen Lager übernehmen, wenn sie als Regierungspartei erfolgreich ist.

Die Republikanische Volkspartei (CHP) war bei der vorangegangenen Wahl von 1999 mit 8,7 Prozent an der Zehn-Prozent-Klausel gescheitert und nicht im Parlament vertreten. Nach der verlorenen Wahl trat damals Deniz Baykal als Vorsitzender zurück, wurde aber kurze Zeit später wieder zum Vorsitzenden gewählt. Natürlich kam der CHP bei der Wahl ihre Oppositionsrolle zugute, aber vor allen Dingen sind sehr viele Wähler von der DSP und auch von einigen anderen Parteien wegen Kemal Derviş zur CHP gewechselt, der als Wirtschaftsreformer gilt und den staatsinterventionistischen Wirtschaftskurs der CHP zu modernisieren versprach. Trotzdem erhielt die CHP nur 19,4 Prozent, während die türkischen Linksparteien traditionell ein Wählerpotenzial von ca. 30 Prozent haben.

Das Wahlergebnis insgesamt, aber insbesondere das der CHP und AKP, ist ganz wesentlich auf die

■ Das Wahlergebnis insgesamt, aber insbesondere das der CHP und AKP, ist ganz wesentlich auf die Zehn-Prozent-Klausel und den damit verbundenen Bedeutungszuwachs der Wahlumfragen zurückzuführen.

Zehn-Prozent-Klausel und den damit verbundenen Bedeutungszuwachs der Wahlumfragen zurückzuführen. Denn es war den Wählern dank der veröffentlichten Wahlumfragen klar, dass die DSP in keinem Fall im Parlament vertreten sein würde; Ähnliches galt auch für die ANAP. Weniger klar war das allerdings für die DYP und die MHP. Ebenfalls klar waren AKP und CHP als die Favoriten herausgestellt worden. Konservative ANAP-Wähler aber beispielsweise, die ihre Stimme nicht der ANAP geben wollten, weil sie wegen der Zehn-Prozent-Klausel verloren sein würde, wählten dann stattdessen z. B. die AK-Partei, und genauso reagierten die früheren DSP-Wähler und stimmten deshalb für die CHP.

Hervorhebenswert ist das Abschneiden der DEHAP, einem Zusammenschluss der von einem Verbot bedrohten kurdischen HADEP mit der SHP Murat Karayalçins und der TDP Sema Pişkinsüts – mit 6,2 Prozent. Die HADEP konnte bei den Kommunalwahlen von 1999 in den kurdischen Provinzen praktisch alle Bürgermeisterposten gewinnen. Die DEHAP hat im Südosten des Landes überall die meisten Stimmen bekommen, teilweise bis zu 50 Prozent in einer Provinz. Aber wegen der Sperrklausel ist sie nicht im Parlament vertreten. Die Zehn-Prozent-Klausel ist nicht zuletzt wegen der kurdischen Parteien, die in ihrer Region sehr stark sind, im Wahlgesetz verankert worden, um diese aus dem Parlament herauszuhalten. Daran sind alle Versuche, die Zehn-Prozent-Klausel zu senken, gescheitert. Dabei dürfte es eigentlich im Interesse des demokratischen Systems der Türkei sein, wenn eine gemäßigte kurdische Partei im Parlament vertreten wäre und dadurch die politische Integration dieser Region erleichtert werden würde. Es ist daher keineswegs auszuschließen, dass AKP und CHP sich auf eine Senkung der Sperrklausel im Hinblick auf die nächsten Wahlen einigen könnten.

Ebenfalls hervorhebenswert ist das Abschneiden der Jugendpartei (Genç Partisi) unter dem Vorsitz des Unternehmers Cem Uzan, der von amerikanischen Konzernen, die Forderungen in Milliardenhöhe an ihn haben, verklagt wurde. Es wird spekuliert, dass er ein Abgeordnetenmandat anstrebe, um dadurch in den Besitz der parlamentarischen Immunität zu gelangen. Die Jugendpartei war wenige Monate vor der

Die Zehn-Prozent-Klausel ist nicht zuletzt wegen der kurdischen Parteien, die in ihrer Region sehr stark sind, im Wahlgesetz verankert worden, um diese aus dem Parlament herauszuhalten.

Wahl gegründet worden und wurde bekannt durch einen ungeheuren Werbe- und Medienaufwand, der vor allem durch die Fernsehkanäle und Zeitungen, die im Besitz von Uzan sind, betrieben wurde. Uzan hat zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen im Land durchgeführt, bei denen alle Kundgebungsteilnehmer ein kostenloses Essen bekamen. Er hat eine absolut fremdenfeindliche, nationalistische und populistische Wahlpropaganda gemacht. Man vermutet, dass er vor allen Dingen weniger Qualifizierte, wirtschaftlich und sozial Benachteiligte und arbeitslose Jugendliche mit dieser Propaganda angesprochen hat. Erfreulicherweise ist er mit 7,3 Prozent gescheitert. Aber trotzdem ist dies natürlich für eine neugegründete Partei ein erstaunlich gutes Ergebnis, wenn man im Vergleich dazu die 5,1 Prozent der ANAP heranzieht.

■ Erwähnenswert ist die ungewöhnlich hohe Zahl von neun unabhängigen Abgeordneten. Diese müssen nach dem türkischen Wahlgesetz als parteiunabhängige Kandidaten in ihrer Provinz mindestens zehn Prozent der Stimmen erhalten. Dies ist den neun Abgeordneten in aller Regel in den südostanatolischen Provinzen gelungen, wo sie sozusagen Lokalmatadore sind und über eine starke regionale Bindung und Unterstützung verfügen.

Erwähnenswert ist noch die ungewöhnlich hohe Zahl von neun unabhängigen Abgeordneten. Diese müssen nach dem türkischen Wahlgesetz als parteiunabhängige Kandidaten in ihrer Provinz mindestens zehn Prozent der Stimmen erhalten. Dies ist den neun Abgeordneten in aller Regel in den südostanatolischen Provinzen gelungen, wo sie sozusagen Lokalmatadore sind und über eine starke regionale Bindung und Unterstützung verfügen. Bei Bedarf dürfte es der AK-Partei wahrscheinlich gelingen, aus diesem Kreis die fehlende Zahl von Stimmen für eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit zu gewinnen. Schon bei der Vertrauensabstimmung seiner Regierung hat Ministerpräsident Abdullah Gül Stimmen der unabhängigen Abgeordneten erhalten.

■ Die AKP – eine islam-demokratische Partei?

Die AKP ist eine neue, erst vor einem Jahr gegründete Partei. Nach dem Verbot der islamistischen Tugend-Partei (Fazilet), die Necmettin Erbakan, dem seit Jahrzehnten die islamistische Bewegung in der Türkei prägenden politischen Führer verbunden war, spaltete sich diese Bewegung in die Saadet Partei, die den eher fundamentalistischen, islamistischen Kurs von Erbakan beibehielt und in die AK-Partei unter Tayyip Erdoğan und Abdullah Gül, die schon früher diesen Kurs kritisiert hatten und für eine konservativ-islamische, eine islamisch-demokratische Partei plä-

dert hatten nach dem Vorbild der Christdemokraten in Deutschland. Die AKP lehnt die Anlehnung an den Islam ab und betont, dass sie eine konservative Partei der Mitte und keine religiöse Partei sei. Brisante Themen wie z.B. das Kopftuchverbot an den Hochschulen wurden von ihr nicht aufgegriffen.

Im Vergleich zu den übrigen türkischen Parteien legte sie besonderen Wert auf Transparenz (sie veröffentlicht z.B. ihre Einnahmen und Ausgaben) sowie Teamarbeit in der Parteiführung und hat ein professionelles Parteimanagement aufgebaut. Dadurch gewann sie nicht nur den größten Teil der Wähler der verbotenen Tugendpartei (die Saadet-Partei erhielt nur 2,5 Prozent der Stimmen), sondern darüber hinaus auch von den übrigen konservativen Parteien ANAP und DYP sowie von der MHP und von den Erstwählern weitere Stimmen hinzu. Von den 34,4 Prozent, die die AKP gewonnen hat, stammen also höchstens 14 Prozent aus dem alten Wählerpotenzial der islamistischen Tugendpartei.

Bei dieser Wahl sind vier Millionen Erstwähler an die Urnen gegangen. Auf Grund der Sperrklausel sind 45 Prozent der Wähler, deren Parteien gescheitert sind, nicht im Parlament vertreten. So viele Wählerstimmen wurden noch bei keiner türkischen Wahl ausgeschlossen. Deshalb wird die Senkung der Zehn-Prozent-Klausel im Laufe der Legislaturperiode sicherlich noch einmal thematisiert werden. Die starke Parlamentsmehrheit der AKP ist also auch künstlich durch das Wahlrecht erzeugt worden. Die AKP-Regierung muss daher sehr vorsichtig agieren, denn wenn sie gegen die Interessen dieser ausgeschlossenen Wählergruppen verstößt, wird eine außerparlamentarische Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung gegen die Regierung leicht zu organisieren sein.

Auch die Streitkräfte und die Medien werden sehr genau darauf achten, ob Regierung und Parlamentsmehrheit irgendwelche Schritte unternehmen, die z.B. das laizistische Prinzip der türkischen Staatsordnung in Frage stellen. Bisher haben die türkische Öffentlichkeit, die Streitkräfte, die Medien und die Unternehmerverbände erstaunlich gelassen auf dieses Wahlergebnis reagiert. Die Börse hat sich freundlich entwickelt, die Zinsen sind gesunken und der Lira-Kurs auch. Dies zeigt: Alle Versuche, die AKP als eine

Bisher haben die türkische Öffentlichkeit, die Streitkräfte, die Medien und die Unternehmerverbände erstaunlich gelassen auf das Wahlergebnis reagiert. Die Börse hat sich freundlich entwickelt, die Zinsen sind gesunken und der Lira-Kurs auch. Dies zeigt: Alle Versuche, die AKP als eine islamistische Gefahr für die türkische Republik darzustellen, sind bisher gescheitert.

islamistische Gefahr für die türkische Republik darzustellen, sind bisher gescheitert.

Dies wird auch daran liegen, dass Erdoğan von Beginn an bis in die heiße Phase des Wahlkampfs hinein keines der politisch brisanten Themen, die mit der islamischen Tradition zusammenhängen, wie z.B. Kopftuch an den Universitäten, thematisiert hat. Auch islamische Symbole (grüne Fahnen) spielten bei seinen Wahlveranstaltungen überhaupt keine Rolle.

■ Staatspräsident Sezer hat in Abstimmung mit Erdogan Abdullah Gül zum Ministerpräsidenten sowie die Minister der neuen Regierung berufen, und das Parlament hat diesem Kabinett sein Vertrauen ausgesprochen. Bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass die politisch besonders sensiblen Ministerämter mit Persönlichkeiten besetzt wurden, die keine originären AKP-Politiker sind, was auch auf den Einfluss des Staatspräsidenten zurückzuführen sein dürfte.

Staatspräsident Sezer hat in Abstimmung mit Erdogan Abdullah Gül zum Ministerpräsidenten sowie die Minister der neuen Regierung berufen, und das Parlament hat diesem Kabinett sein Vertrauen ausgesprochen. Bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass die politisch besonders sensiblen Ministerämter mit Persönlichkeiten besetzt wurden, die keine originären AKP-Politiker sind, was auch auf den Einfluss des Staatspräsidenten zurückzuführen sein dürfte. Dazu gehören z.B. Erziehungsminister Erkan Mumcu (früher ANAP), Justizminister Cemil Çiçek (früher ANAP), Innenminister Abdulkadir Aksu (früher ANAP), Kultusminister Hüseyin Çelik (früher DYP), Industrie- und Handelsminister Ali Cockun (früher ANAP), Verteidigungsminister Vecdi Gönül (ein hoher Beamter) und Aussenminister Yaşar Yakış (ehemaliger Botschafter). Ob das Personalreservoir der AKP ausreicht, um auch die zahlreichen hohen Beamtenposten, wie z.B. die der Abteilungsleiter in den Ministerien, mit qualifizierten Leuten zu besetzen, bleibt abzuwarten. Die AKP hat im Übrigen die Zahl der stellvertretenden Ministerpräsidenten, Minister und Staatsminister von 34 auf 25 verringert.

Auch wenn Erdogan wegen eines früheren Gerichtsurteils nicht Abgeordneter ist und daher auch nicht Ministerpräsident werden konnte, wird er unbestritten die zentrale politische Führungspersönlichkeit dieser Regierung sein. Es gibt Spekulationen darüber, dass er relativ kurzfristig die Verfassung ändern will, um sich die Übernahme des Ministerpräsidentenamtes zu ermöglichen. Aber da Staatspräsident Sezer sich dazu schon kritisch geäußert hat, wird Erdogan es wahrscheinlich nicht wagen, gleich zu Beginn der Legislaturperiode einen schweren Konflikt mit dem Staatspräsidenten zu riskieren. Aber inzwischen hat der Hohe Wahlrat das Wahlergebnis in der

Provinz Siirt wegen Unregelmäßigkeiten annulliert, so dass in 60 Tagen eine Nachwahl stattfinden muss. Durch eine Ergänzung des Artikels 76 der Verfassung, die mit 367 Stimmen verabschiedet werden kann, könnte Erdoğan in dieser Nachwahl kandidieren und anschließend, wenn er gewählt wird, Ministerpräsident werden.

In der Geschichte der türkischen Republik haben seit 1950 Adnan Menderes dreimal, Süleyman Demirel und Turgut Özal je zweimal die Mehrheit der Mandate errungen. Nunmehr hat Erdoğan als Vorsitzender einer islamisch-demokratischen Partei erstmalig dieses Ergebnis erreicht. Damit hat eine neue politische Ära in der Türkei begonnen. Dies wird auch daran deutlich, dass alle führenden Politiker der letzten 20 Jahre wie Ecevit, Yılmaz, Çiller, Bahçeli und Erbakan ihren Parteivorsitz abgeben oder sogar ganz aus der Politik ausscheiden werden.

90 Prozent aller Abgeordneten des neuen Parlaments sind zum ersten Mal Abgeordnete, 24 von 550 Abgeordneten sind Frauen, 13 sind von der AKP, die alle kein Kopftuch tragen. Es erscheint also eine völlig neue Politikergeneration auf der politischen Bühne.

■ Politische Ziele der neuen Regierungspartei

Natürlich gibt es in der Türkei noch viel Skepsis gegenüber einer AKP-Regierung. Aber Erdoğan hat schon durch seine Äußerungen vor und nach der Wahl hervorgehoben, dass er alle Streitfragen möglichst im Konsens entscheiden und dass er eng mit der Oppositionspartei CHP und mit den Nichtregierungsorganisationen kooperieren will. Als erste Maßnahme hat er eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte durchgeführt, um die Chancen der Türkei bezüglich der Festsetzung eines Termins für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zu verbessern.

Neben dem EU-Thema ist die Bewältigung der Wirtschafts- und Sozialkrise ein ganz entscheidender Schwerpunkt. Denn Erdoğan ist nicht zuletzt, wie schon gesagt, gewählt worden, weil man ihm mit Blick auf diese Aufgabe am meisten Vertrauen entgegenbringt. Da er als Oberbürgermeister der Zwölf-Millionen-Metropole Istanbul außerordentlich erfolgreich war, trauen ihm viele auch eine erfolgreiche

■ 90 Prozent aller Abgeordneten des neuen Parlaments sind zum ersten Mal Abgeordnete, 24 von 550 Abgeordneten sind Frauen, 13 sind von der AKP, die alle kein Kopftuch tragen. Es erscheint also eine völlig neue Politikergeneration auf der politischen Bühne.

Regierung des Landes zu. In ihren ersten Erklärungen hat die AKP bereits angekündigt, dass sie die IWF-Vereinbarungen akzeptiert und die Zusammenarbeit mit dem IWF fortsetzen wird, allerdings kleinere Veränderungen im IWF-Programm vornehmen will.

Entscheidend wird sein, ob es der neuen Regierung gelingt, vor allen Dingen auch die mittelständische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, wozu bereits Steuersenkungen und die Senkung der äußerst hohen Sozialabgaben, die immer mehr Firmen in den Konkurs oder in die Schattenwirtschaft getrieben haben, angekündigt wurden. Die neue Regierung will die letzten Beschränkungen der Meinungsfreiheit und politischen Betätigungs freiheit beseitigen durch ein Reformgesetz, das noch vor dem EU-Gipfel in Kopenhagen (12. und 13. Dezember) vom Parlament verabschiedet werden soll.

In der Außen- und Sicherheitspolitik ist keine grundlegende Änderung zu erwarten. Das gilt auch für die bisherige Irak-Politik. Die erste schwierige Bewährungsprobe für die neue Regierung wird die Lösung des Zypern-Problems sein, die bis zum EU-Gipfel in Kopenhagen erreicht werden müsste. Die grundsätzlich positive Reaktion der türkischen Regierung auf den neuen Lösungsvorschlag von UNO-Generalsekretär Kofi Annan und die politische Verknüpfung des Terms für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Lösung des Zypernproblems und der Europäischen Verteidigungsinitiative durch Erdogan hat Hoffnungen geweckt.

Erdogan hat mit seiner Regierung nunmehr eine große politische Chance für die weitere Entwicklung der Türkei. Manche türkischen Kommentatoren ziehen schon den Vergleich zu Özal, der der erste große wirtschaftspolitische Reformer war. Erdogan könnte auf innen- und gesellschaftspolitischem Gebiet etwas Vergleichbares gelingen. Wenn seine Partei erfolgreich ist, dann wird sie ganz sicherlich die neue Führungspartei des konservativen Lagers sein. Die Linke ist in der Türkei ohnehin mit der CHP auf 20 Prozent geschrumpft.

Erdogan wird die politisch sensiblen Fragen wie z. B. Kopftuch, Korankurse, Religionsunterricht an den Schulen nicht so bald aufgreifen, sondern erst dann, wenn seine Regierung fest im Sattel sitzt. Und

Erdogan hat mit seiner Regierung eine große politische Chance für die weitere Entwicklung der Türkei. Manche türkischen Kommentatoren ziehen schon den Vergleich zu Özal, der der erste große wirtschaftspolitische Reformer war. Erdogan könnte auf innen- und gesellschaftspolitischem Gebiet etwas Vergleichbares gelingen.

er wird versuchen, die notwendigen Veränderungen im Konsens, z. B. mit der CHP, herbeizuführen. Wenn er diesen Kurs beibehält, dann besteht die Chance, dass erstmalig in der Geschichte der türkischen Republik eine integrative Verbindung von Islam und liberaler Demokratie, von Islam und westlicher Lebensweise, Weltoffenheit und modernem Wirtschaftshandeln gelingt.

Dies wäre eine höhere Stufe der türkischen Demokratie, weil erstmalig eine islamisch-demokratische Partei politisch integriert wäre. In der Vergangenheit hat man durch Verbote versucht, die islamistischen Parteien von der Macht fernzuhalten. Nun hat die islamische AK-Partei aber die Macht errungen, weil sie eben nicht islamistisch ist. Unter „islamistisch“ verstehe ich eine Partei, die mit Hilfe der Politik und der staatlichen Gesetzgebung religiöse Gebote des Koran der Gesellschaft und den Bürgern aufzwingt. Wenn die AKP dies versuchen sollte, wird sie scheitern, weil sie den Widerstand aller wichtigen Führungsgruppen der türkischen Gesellschaft gegen sich mobilisieren würde.

Als Erbakan Ministerpräsident wurde, besuchte er als erstes Libyen. Erdoğan hat als erstes Griechenland und dann die übrigen wichtigen EU-Staaten besucht. Er setzt also eindeutig andere Zeichen.

Bei alledem ist die Skepsis gegenüber Erdoğan nicht verschwunden, denn er ist ein streng gläubiger Muslim. Als Istanbuler Oberbürgermeister hat er die Vergabe von Lizenzen für den Ausschank von Alkohol an Restaurants praktisch beendet. Und er hat sogar versucht, in den Schulbussen eine für Jungen und Mädchen getrennte Sitzordnung durchzusetzen; aber mit diesem Projekt ist er am Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

In der AKP-Fraktion soll es auch eine Gruppe von Abgeordneten geben, die als Milli-Görüş-Gruppe bezeichnet wird, was darauf hindeutet, dass sie eher islamistisch sind. Im Übrigen waren 56 der 363 AKP-Abgeordneten früher Abgeordnete der Tugendpartei. Erdoğan ist Repräsentant der ärmeren, weniger gebildeten anatolischen ländlichen Bevölkerung, die auch in den Randzonen der Großstädte lebt. An deren Erwartungen kann er nicht völlig vorbeigehen. Risiken und Fragezeichen gibt es in Bezug auf die AKP also auch.

■ Als Erbakan Ministerpräsident wurde, besuchte er als erstes Libyen. Erdoğan hat als erstes Griechenland und dann die übrigen wichtigen EU-Staaten besucht. Er setzt also eindeutig andere Zeichen.

Sollte es der gläubige Muslim Erdogan schaffen, durch seine praktische Politik Islam und liberale Demokratie miteinander zu versöhnen, wäre dies ein Vorbild für die gesamte islamische Welt. Schon jetzt wird in den arabischen Medien auf die bemerkenswerte Entwicklung in der Türkei hingewiesen.